

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riess.  
Vertraulich Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Weißen.

Postfachkonto: Dresden 1331  
Groszkasse Riess Nr. 82.

Nr. 223.

Donnerstag, 24. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug von sonstigen irgendwelcher Erhöhungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeren oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Gostzeiße 52. Verantwortlich für Redaktion: L. R. H. Teichgraber, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riess.

## Der heutige Kabinettsrat.

Der heute Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg zusammengesetzte Kabinettsrat wird, wie wir erfahren, nicht nur die Antwort der deutschen Regierung auf die alliierte Einladung beschließen, sondern auch eine endgültige Entscheidung über das Zusammengehen der deutschen Delegation und über das deutsche Verhandlungsprogramm treffen. Am Donnerstagabend wird die Reichsregierung eine Mitteilung veröffentlichen, in der ein abschließendes Bild über den ganzen Gang der Kabinettsberatungen gegeben wird.

### Ueber das Ergebnis des gestrigen Ministerrats

Wir wissen die Blätter zu melden, daß die Annahme der Einladung zur Sicherheitskonferenz, die am 5. Oktober beginnen sollte, im Prinzip beschlossen worden sei. Was die Richtlinien für die deutsche Delegation betrifft, so basieren diese, wie die Blätter erklären, auf der deutschen Note vom 20. Juli und auf den Erklärungen, die die Reichsregierung zur Vorkonferenz im Reichstage abgegeben hat. Ziel der Konferenz soll sein, mit den Unterhändlern der Westmächte zu Vereinbarungen zu gelangen, die nach Genehmigung durch die Regierungen und die Parlamente auf einer zweiten Konferenz unterzeichnet werden sollen. Ueber die Beratungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die gestern abend wieder aufgenommen wurden, teilt der Lokalanzeiger mit, daß auch die deutschnationalen Fraktion auf dem Standpunkt stehe, daß die deutsche Note vom 20. Juli für die deutsche Vorkonferenz verbindend bleiben müsse.

### Die deutsche Delegation für die Sicherheitsverhandlungen.

Nach zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Beratungen des Reichskabinetts Reichskanzler Dr. Luther und Innenminister Dr. Stresemann zu der Sicherheitskonferenz delegiert werden. Die Bemühungen, den zur deutschnationalen Partei gehörenden Reichsminister des Innern Schiele als Vertrauensmann seiner Partei an der Delegation zu beteiligen, sind an dem Widerspruch der deutschnationalen Führer gescheitert. Die Parteileitung der Deutschnationalen wünscht nicht, daß die Partei durch die Zugehörigkeit des Ministers Schiele zur deutschen Delegation endgültige Bindungen in der Sicherheitsfrage eingetritte. Die deutsche Delegation wird noch durch eine Reihe von Sachverständigen ergänzt werden, an deren Spitze Ministerialdirektor Dr. Gauß steht, der die Londoner Juristenbesprechungen für Deutschland geführt hat. Ueber den endgültigen Ort der Sicherheitskonferenz sind noch immer keine festen Vereinbarungen ins Auge gefaßt worden. An der neuerlich genannten Stadt Vercarno ist der deutschen Regierung wegen der schlechten Verbindung nichts Besonderes gesehen, sodas man eventuell doch noch auf Lugano zurückkommen wird.

### Neue Unterhandlungen über die Völkerbundfrage.

In den Berliner diplomatischen Kreisen verläutet, daß auf die Bemühungen der englischen Regierung hin nach der Abendung der deutschen Antwort neue diplomatische Unterhandlungen über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund stattfinden werden. Die englische Diplomatie drängt immer mehr darauf, daß Deutschland gleichzeitig mit der Unterzeichnung eines Protokolls über den Sicherheitspakt ein Zulassungsgesuch an den Völkerbund richten soll und stellt in Aussicht, daß sofort nach dem deutschen Zulassungsgesuch eine Sondertagung des Völkerbundrates zusammengetreten würde. Nach den Plänen der alliierten Staatsmänner scheint man in Genf dahin übereingekommen zu sein, schon im November eine solche Sondertagung des Völkerbundes möglich zu machen.

## Deutschland und die Kolonialfrage.

SPD. In dem Augenblick, wo das deutsche Reichskabinet am schicksalsschweren Entscheidungen hinsichtlich der bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen konzentriert, kommt aus Brüssel eine öffentliche Zugeständnismeldung, die darzulegen berechtigt ist, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen, und sie für eine schnelle Entscheidung hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu animieren. Die dem belgischen Außenminister Vandervelde nahestehende Brüsseler Zeitung „Peuple“ meldet nämlich, daß man in Genf darüber berate, Deutschland für den schnelleren Völkerbundeintritt die Rückgabe von Teilen der ehemals deutschen Kolonien von Togo und Kamerun unter deutsches Mandat anzubieten. Um diese belgische Meldung noch glaubhafter zu machen, wird jetzt aus Venedig auf Geheiß des „Foreign Office“ von englischer Seite ein langer Kommentar verbreitet, durch den man den Anschein zu erwecken sucht, als handele es sich dabei um einen ausgeprochenen englischen Vorschlag, denn die an Deutschland zu vergebenden Mandate seien jetzt in englischen Händen. Es ist daher notwendig, daß man deutschseits die Gelegenheit ergreift, um auf diese Tendenzmeldungen zurückzugehen und ihren eigentlichen Charakter zu enthüllen. Zunächst muß festgestellt werden, daß die deutsche Regierung schon bei Eröffnung der Verhandlungen über den Eintritt in den Völkerbund in ihrem ersten Memorandum die Forderung aufgestellt hat, Deutschland verlange in bezug auf die koloniale Beteiligung das Recht der gleichmäßigen Behandlung mit den anderen Völkern und fordere aus diesem Grunde, Mandate aus seiner früheren Kolonien zu erhalten. Auf diesen deutschen Einwand hin haben die Völkerbundmächte bisher vollständig geschwiegen; sie haben es sogar nicht einmal für notwendig gehalten, die deutschen Forderungen auch nur oberflächlich zu diskutieren. Jetzt

## Der Reichswirtschaftsrat und die Preisföpfung.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte in seiner letzten Sitzung die Preisföpfungspolitik der Reichsregierung.

Reichswirtschaftsminister Dr. Reubens hielt zu Beginn der Verhandlungen eine längere Rede, in der er zunächst auf die Erleichterungen verwies, die die neue Preisföpfungspolitik der Reichsregierung gebracht habe. Auch die Preisföpfung sei zum Abdruck gebracht worden, da aber, so fuhr der Minister fort, der autonome Zolltarif früher in Kraft tritt als die Handelsverträge, besteht die Gefahr, daß das Preisniveau der deutschen Wirtschaft sich auf die autonomen Sätze einstellt, bevor die niedrigeren Sätze des Vertragstarifs in Geltung getreten sind. Die Rücksicht auf unsere eigene Wirtschaft könnte in diesem Falle die Regierung zwingen, die Sätze des autonomen Tarifs auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung zu senken. Die Reichsregierung hat sich daher mit ihrer Erklärung vom 27. August an alle Streitigkeiten gewandt, um ihnen die Notwendigkeit, aber auch ihren letzten Willen zum Bewußtsein zu bringen, das Preisniveau abzubauen. Mit Befriedigung möchte ich feststellen, daß alle beteiligten Kreise eine Unterstützung der Regierung zugesagt haben. Die Regierung hat auch die Aufhebung der Höchstpreisbeschränkungen und die Erleichterung des Zinsfußes für öffentliche Gelder in Aussicht gestellt und die Reichsbank wird sich für eine Ermäßigung der Zinsspanne einsetzen. Die Regierung wird auch stärker als bisher gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Maßnahmen durch Kartelle vorgehen. Insbesondere soll auch der Verkauf mit dem Vorbehalt freibleibender Preise befristet werden. Die Zulagen der beteiligten Kreise allein nützen aber herzlich wenig, wenn ihnen nicht die Taten folgen. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, als ob in vielen Erwerbskreisen eine gewisse Tendenz besteht, ihr eigenes jegliches Opfer abzulehnen und von anderen Wirtschaftskreisen Ungleichnisse zu fordern. Damit sollten wir nicht weiter.

Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf v. Helldorf, führte aus, daß auch sein Ministerium mit einer großen Anzahl von Verbänden verhandelt und sie in eingehenden Aussprachen auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Preisföpfung hingewiesen habe. Der Preisföpfung ist, wie der Minister ausführte, der Senkung des Getreidepreises gefolgt. Allerdings wird diese Verbilligung des Brotes leider nicht unmittelbar sichtbar, da in Berlin nicht der Preis herabgesetzt, sondern das Gewicht des Brotes erhöht wurde. Die gegen die Preisföpfung ergreifenden Maßnahmen sind bekannt. Es kann festgestellt werden, daß in der ersten und zweiten Semesterwoche bereits eine kleine Senkung der Spanne zwischen Schlachtvieh- und Kleinverkaufspreis eingetreten ist. Die Aktion behält sich noch in der Durchführung und wir erwarten eine weitere Preisföpfung, wozu insbesondere auch eine entsprechende Zurückhaltung gegenüber erhöhten Preisen auf Seiten der Hausfrauen beitragen kann. Das die Preisföpfung bei Schweinefleisch zu erreichen ist, beruht darauf, daß im Februar und März d. J. bei der damaligen Inrentabilität der Schweinezucht wenig Schweine aufgezüchtet wurden. Es ist aber zu hoffen, daß die Preisentwöpfung auf diesem Gebiete bald durch größeren Anstich in andere Bahnen gelenkt wird. Die Margarineindustrie hat sich bereit erklärt, die Bindung des Kleinhandels an bestimmte Verkaufspreise fallen zu lassen. Auch der Zuckerpreis hat sich gesenkt. Wenn fast überall die Spanne zwischen Erzeugerpreis und Kleinverkaufspreis sich gegenüber dem Frieden wesentlich erhöht hat, so ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß bei geringerem Umsatz eine größere Anzahl von Verköuren an der Spanne teilnehmen. Hier sind der unmittelbaren Einwirkung durch Regierungsmassnahmen Grenzen gezogen. Man kann unmöglich die im Verteilungsprozess überflüssigen Verköuren und Betriebe von heute auf morgen ausschalten. Ein wesentliches Mittel zur Einwirkung auf die Verteilungskreise liegt auch in der Aufklärung des Publikums, wobei allerdings leider ein Teil der Presse die Regierung nicht mit der wünschenswerten Energie unterstützt hat. Man hat die doch ganz unpolitische Preisföpfungspolitik der Regierung in das politische Gebiet hineingezogen. Wir dürfen aber in diesem

Kampf für angemessene Preise nicht nachlassen, wenn es auch naturgemäß nicht möglich ist, auf allen Gebieten von heute auf morgen durchschlagende Erfolge zu erzielen.

Nach eingehender Aussprache wurde folgender Antrag einstimmig bei einer Stimmenshaltung angenommen: „Der wirtschaftspolitische Ausschuss beschließt in Uebereinstimmung mit dem entsprechenden Beschluß des Reichstages die Einleitung eines fachlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Preisföpfung, um durch eine umfassende Erhebung über die Produktions- und Organisationsbedingungen der deutschen Wirtschaft die nötigen Grundlagen für die Handels- und Preispolitik zu schaffen.“ Der Sonderausschuss wird in Kürze seine Beratungen beginnen.

### Langsames Abflauen der Teuerung.

Wie der Reichsernährungsminister Graf Kanitz im Reichswirtschaftsrat in seiner Rede über den Stand der Frage auf dem Lebensmittelmarkt ausführte, seien die Preise für wichtige Lebensmittel in letzter Zeit gekunken eine Verbilligung vor allem auf dem Brot- und Fleischmarkt zu verzeichnen. Besondere Beachtung fand die Mitteilung, daß die Getreidepreise innerhalb der letzten Monate über das sonst übliche Maß hinaus gesunken seien. Der Preis für Inlandsroggen sei von Juli bis jetzt von 224,50 auf 176,50 Mark pro Tonne gesunken, während beim Weizen in dem gleichen Zeitraum eine Verbilligung von 272,75 Mark auf 207 Mark zu verzeichnen sei.

Wie wir hören, sind zurzeit Verhandlungen im Gange, um der Verteuerung der Preise im Viechhandel entgegenzuwirken. Es ist in letzter Zeit üblich gewesen, daß die Händler die Steuer von 1% Prozent der Verkaufserlöse anfertigen haben, wodurch eine nicht unerhebliche Verteuerung des Fleisches hervorgerufen wurde. Es sind Ermächtigungen im Gange, die dahin stellen, das neue Verteuerungssystem zu verhaften, wie dies in Bayern bereits mit gutem Erfolg durchgeführt worden ist.

Vom preussischen Innenministerium ist an sämtliche noch vorhandene Preisverhandlungsstellen eine Rundfrage erlassen worden über die Beurteilung und Berechnung der zulässigen Preisspanne im Viechhandel. Wie wir hören, ist als letzter Termin der Rückkehrung der 25. September dieses Jahres festgesetzt worden. Es ist also zu erwarten, daß bis zum 1. Oktober eine neue Grundlage für Viechhandel bezüglich der Preise im Viechhandel und der zulässigen Preispanne geschaffen sein wird.

Der Gesamtverband des Verbandes Sächsischer Industrieller unterzog in seiner letzten Sitzung die von der Reichsregierung eingeleitete Preisföpfungspolitik einer eingehenden Beratung. Es kam hierbei zum Ausdruck, daß die Aktion von allen Seiten der Wirtschaft unterstützt werden müsse, und daß auch die sächsische Industrie, der in hohem Maße an der Konkurrenzfähigkeit im In- und Ausland gelegen sei, sich nach Kräften daran beteiligen werde. Für einen betrieblichen Erfolg der Aktion sei es aber nötig, daß die Regierung die wirklichen Ursachen der Teuerung feststelle und sich ferner nicht darauf beschränke, an Symptomen der gegenwärtigen Notlage Reformversuche anzustellen, sondern vor allem auch die preisföpernden Momente ausschalte, auf die sie Einfluß habe. Hierzu gehörten eine beschleunigte Regelung der Lohnfrage, Befreiung der Kapitalkraftarbeit und Kreditnot, Herabsetzung der künftigen Löhne, Preise, Steuern, Frachtsätze, Steuern und Verwaltungsgebühren. Ein wichtiges Moment spiele in der Teuerungsdramatik auch die Abhängigkeit Deutschlands von den ausländischen Rohstoffmärkten, wie z. B. in der Textilindustrie und auch in anderen Industriezweigen.

### Gegen die Preisföberei.

Auf Grund der Verordnung über die Handelsbeschränkungen ist gegen den Inhaber einer Schmelzerei in Hamburg, dessen Preise die Grenze des Erlaubten überschritten, auf Unterlegung des Handels und Schließung des Geschäftes erkannt worden. Gleiche Verfahren sind auch noch gegen eine Reihe anderer Lebensmittelgeschäfte.

ergreift man plötzlich die Initiative dazu, um Deutschland den Eintritt in den Völkerbund so schwachhaft wie möglich zu gestalten und ihm Gebiete anzubieten, die nach deutscher Auffassung weiter gar nicht darstellen würden als eine reine Selbstverpflichtung. Die alliierten Regierungen, die im Verfallener Vertrag Deutschland das Recht auf koloniale Beteiligung abgeschrieben haben, würden, wenn sie wirklich ernsthaft die Absicht verfolgten, ein derartiges Angebot zu machen, zum ersten Male genötigt sein, die Unwahrscheinlichkeit der Argumentation des Verfallener Vertrages aufzudecken. Dieser kleine Fortschritt bedeutet aber keineswegs eine Erfüllung der deutschen Wünsche auf Gleichberechtigung und auf Wiederherstellung seiner kolonialen Rechte. Schon jetzt darf man feststellen, daß die deutsche Regierung ein solches Gebot zurückweisen möchte, zumal es auch in materieller Hinsicht ziemlich wertlos für Deutschland sein würde. Die gegenwärtig in englischer Hand befindlichen Teile von Togo und Kamerun stellen nur winzige kleine Landstriche der ehemals deutschen Kolonien dar, deren Rückgabe an Deutschland auch nicht den geringsten Anstoß der Wiederherstellung der kolonialen Beteiligung Deutschlands bilden würde. Es handelt sich um sehr kümmerliche Landereien, die nur drei Achtel der Oberfläche von Togo,

gleich 82.000 Quadratkilometer, und etwa ein Fünftel der Oberfläche von Kamerun, nämlich 80.000 Quadratkilometer ausmachen. England würde also kein großes Opfer bringen, wenn es sein Mandat über diese unbedeutenden Kolonialterren an Deutschland abgeben würde. Es ist mehr als auffallend, daß sich die englische Diplomatie sehr wohl davon gebietet hat, die ehemals deutschen Schutzgebiete in Südwest- und Ostafrika zu nennen. Diese Kolonien sind schon etwas wertvoller für England, und man hat nicht den Eindruck, daß die englische Regierung in absehbarer Zeit bereit wäre, sie wieder aus der Hand zu geben. Deutschland kann daher mit der englischen Haltung keineswegs einverstanden sein, denn es muß nach wie vor auf dem Grundbaß stehen, seine koloniale Gleichberechtigung zurückzufordern. Eine Befriedigung dieses Anspruches kann aber England nicht darin erblicken wollen, wenn es Deutschland wertlos und winzige Teile seines früheren Kolonialbesitzes anbietet und dafür die größeren deutschen Kolonien zurückbehält, auf die es keinen anderen rechtlichen Anspruch geltend machen kann, als lediglich die ihm erteilten Mandatsrechte des Völkerbundes, der es in der Hand hat, hier eine Neuregelung zu schaffen, um den deutschen Ansprüchen Rechnung zu tragen.